BRIEF AUS BERLIN

Newsletter der Bundestagsabgeordnetn Birgit Kömpel – Nr. 43

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine Woche voller Termine und eine Reise nach Wien mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) geht zu Ende. Neben den wirklich beschämenden Ereignissen in Clausnitz und Bautzen (beides in Sachsen) haben wir auch über das Asylpaket II diskutiert. Da Deutschland in diesem Jahr den Vorsitz in der OSZE hat, war es sehr wichtig, dass eine komplette Delegation aus Deutschland daran teilnahm. Deshalb konnten ich und einige Kolleginnen und Kollegen nicht über das Asylpaket abstimmen. Trotzdem habe ich natürlich eine Meinung zu diesem Thema, die ich Ihnen gerne mitteile.
Zuhause geht es jetzt in den Endspurt für den Kommunalwahlkampf. Ich hoffe sehr, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich ihrer Verantwortung bewusst sind und es nicht zulassen, dass rechtspopulistische Parteien Einzug in unsere regionalen Parlamente halten.

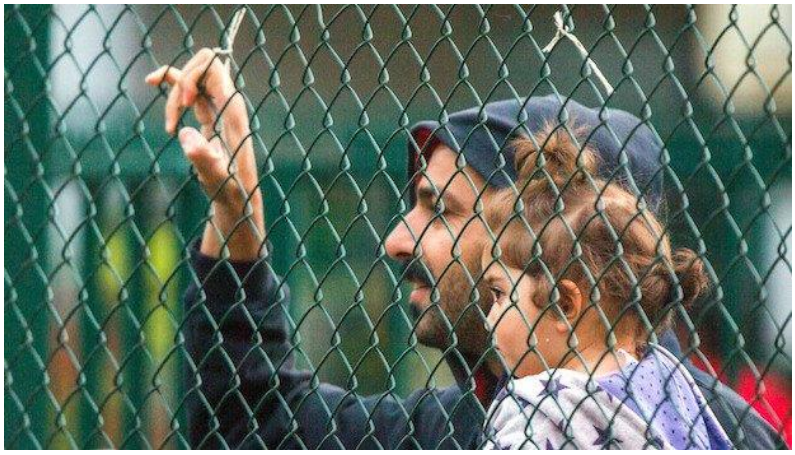
Herzlichst Ihre

Birgit Kömpel

Birgit Kömpel

Meine Haltung zum Asylpaket II

Ich bedanke mich bei allen Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich um die zahlreichen zu uns geflüchteten Menschen kümmern. Diese Menschen setzen sich – teils in ihrer Freizeit, teils unter Inkaufnahme erheblicher Überstunden – dafür ein, dass die zu uns geflohenen Menschen gute Bedingungen vorfinden, versorgt werden und bei uns willkommen geheißen werden. Diese großartige Hilfsbereitschaft ist ungebrochen.
Ich begrüße es daher, dass mit dem vorliegenden Asylpaket II Maßnahmen beschlossen werden, die die Asylverfahren beschleunigen, die Registrierung der geflohenen Menschen verbessern sowie den Kinderschutz in den Einrichtungen verbessern. Besonders erleichtert bin ich, dass damit der inhumane Vorschlag von Transitzentren an der Grenze endgültig vom Tisch ist.



Problematisch finde ich hingegen, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt werden soll, zumal diese Regelung auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gilt. Auch wenn in der Realität nur sehr wenige Personen davon betroffen sein werden, ist das ein Zeichen, das ich aus humanitären Gründen sehr problematisch finde und mit meinen christlichen Werten nur schwer vereinbaren kann.
Ich begrüße, dass immerhin für die Praxis vereinbart wurde, dass für unbegleitet minderjährige Flüchtlinge eine Einzelfallprüfung zum Familiennachzug nach UN-Kinderrechtskonvention stattfinden wird. Auch finde ich es gut, dass beim Familiennachzug bereits in Deutschland lebende Flüchtlinge innerhalb künftiger Kontingente vorrangig berücksichtigt werden. Die Familienzusammenführung in meinem Wahlkreis, in denen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ihre Eltern nachholen wollen, werde ich dabei weiterhin aktiv unterstützen.
Selbstverständlich begrüße ich die Regelungen zur besseren und schnelleren Integration junger Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft: Flüchtlinge, die eine dreijährige Ausbildung machen, haben danach ein zweijähriges Bleiberecht. Daneben wird die Altersgrenze für ausbildungsunterstützende Maßnahmen von 21 auf 25 Jahre hochgesetzt.
Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, dass wir uns jetzt vorrangig mit einem Integrationsgesetz befassen, damit die Menschen, die bei uns bleiben, möglichst rasch integriert und zu Nachbarn und Freunden werden. Das Hauptaugenmerk auf die Integration zu legen, ist meiner Überzeugung nach der bessere Weg.

Zusammenarbeit mit der Türkei für Sicherung der EU-Außengrenzen unabdingbar

Der Europäische Rat hat sich Ende vergangener Woche auf ein umfassendes Paket verständigt, um den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union zu ermöglichen. Dies zeigt, dass die EU weiterhin handlungsfähig ist. Wichtig aus unserer Sicht: Einzelne Länder können das weitere Zusammenwachsen der Europäischen Union nicht blockieren. Der Europäische Rat hat zudem klargestellt, dass es bei den Sozialleistungen zu keiner dauerhaften Diskriminierung von EU-Bürgern kommen darf. Die europäischen Mitgliedstaaten sind Großbritannien insgesamt weit entgegen gekommen. Nun ist es die Aufgabe von Premier David Cameron und anderen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften im Vereinten Königreich, mit vollem Einsatz für einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu werben.
Nach der Einigung mit Großbritannien müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten nun mit voller Kraft an einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise arbeiten. Wie erwartet, wurden auf dem Europäischen Rat keine neuen Beschlüsse in der Flüchtlings- und Asylpolitik gefasst. Ein wichtiges Zwischenergebnis ist jedoch, dass die Staats- und Regierungschefs die Zusammenarbeit mit der Türkei als vordringliche Aufgabe benannt haben. Der Bundesregierung ist es gelungen, die anderen Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen in der Ägäis nur in Zusammenarbeit mit der Türkei umsetzbar ist. Nur dann ist ein Rückgang der Flüchtlingszahlen erreichbar und nur dann sind die notwendigen Voraussetzungen gegeben, um die Aufnahme von Flüchtlingen durch humane Kontingente zu steuern. Deshalb ist es wichtig, dass noch vor dem nächsten regulären Europäischen Rat Anfang März ein EU-Sondergipfel mit der Türkei stattfindet. Daran werden nicht nur, wie ursprünglich geplant, eine „Koalition der Willigen“ teilnehmen, sondern alle Mitgliedsstaaten der EU. Die Zeit bis dahin muss jetzt intensiv genutzt werden, um den Boden für konkrete Vereinbarungen mit der Türkei zu bereiten.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: fotolia / Kutsche
www.birgit-koempel.de

OSZE-Tagung in Wien ganz im Zeichen der europäischen Flüchtlingskrise

Mit Kolleginnen und Kollegen bei der OSZE-Wintertagung in Wien

An den beiden vergangenen Tagen nahm ich für den Deutschen Bundestag an der 15. Wintertagung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Wien teil. Besonderen Raum nahm – wie bereits im Europäischen Rat in der vergangenen Woche – natürlich die Flüchtlingsfrage ein. Hier muss Europa endlich eine tragbare Lösung finden, eine Lösung, die der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten gerecht wird und ein Auseinanderbrechen Europas verhindert. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entstand am 1. August 1975 mit der Schlussakte von Helsinki aus der vormaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch heute ist die OSZE eine wichtige Organisation, die hilft, den Frieden in Europa zu festigen und zu bewahren.

Dieses Jahr hat Deutschland am 1. Januar für ein Jahr den Vorsitz der OSZE inne. Folglich ist unser Außenminister zurzeit der amtierende Vorsitzende der OSZE. Er wird in seiner Amtsführung vom OSZE-Sekretariat sowie der OSZE-Troika unterstützt. Die Troika besteht aus Vorgänger, dem amtierenden Land und dem Nachfolger, also Serbien, Deutschland und Österreich.

Bundeshaushalt 2017: Entscheidender Test für die Integrationspolitik

Integrationspolitik muss sich an dem Grundprinzip des „Fördern und Fordern“ orientieren. Deshalb fordern wir ein eigenes Integrationsförderungsgesetz, das die Förderangebote ebenso verankert wie die Pflicht, diese wahrzunehmen. Das von Bund und Ländern derzeit gemeinsam erarbeitete Integrationspaket auf Grundlage des Malu-Dreyer-Plans ist ein elementarer Schritt hierzu.

Um die vor uns liegende Integrationsaufgabe zu bewältigen, ist es notwendig, massiv in Bildung, Ausbildung und Wohnraum zu investieren. Wir brauchen ausreichend viele Kita-Plätze und Lehrkräfte in Schulen sowie genügend bezahlbaren Wohnraum – für neu ankommende Flüchtlinge und für Einheimische. Nur dann schaffen wir für alle Menschen gute Chancen auf Teilhabe und verhindern Verteilungskämpfe.

Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung und die Länder sich bis Ende dieses Monats auf Eckpunkte für ein Integrationspaket verständigen wollen. Entscheidend ist jedoch, dass für die dort verabredeten Maßnahmen dann auch genügend Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Ich bin der Meinung: Die Verhandlungen um den Bundeshaushalt 2017 sind der entscheidende Test, der zeigen wird, wie ernst es unserem Koalitionspartner mit der Integration der neu Ankommenden und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: fotolia / Kutsche
www.birgit-koempel.de

Planungssicherheit für Mehrgenerationenhaus am Fuldaer Aschenberg

Die wertvolle Arbeit der Mehrgenerationenhäuser, zu denen auch die Einrichtung am Fuldaer Aschenberg gehört, besitzt nun eine sichere Planungsgrundlage. Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wird den Förderzeitraum für die Mehrgenerationenhäuser bis 2020 verlängern. Neben der obligatorischen Aufgabe, den demographischen Wandel zu gestalten, können die Mehrgenerationenhäuser Konzepte für die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichten erarbeiten und werden hierbei unterstützt. Die Einbindung auch von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund wird diesen helfen, sich rasch in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und sich zu integrieren. Integration gelingt vor allem im Miteinander, davon bin ich überzeugt.

Zwei Millionen Euro für die Lauterbacher Adolf-Spieß-Halle

Gute Nachricht am Freitagmorgen: Die Sanierung der Adolf-Spieß-Halle in Lauterbach wird mit zwei Millionen Euro gefördert. Das Geld stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit zur Verfügung. Insgesamt sind lediglich vier Projekte in Hessen berücksichtigt worden. Da bin ich natürlich sehr froh, dass eines davon in meinem Wahlkreis liegt.
998 Städte und Gemeinden hatten Projektskizzen eingereicht, 56 Vorhaben werden nun gefördert. Die Adolf-Spieß-Halle wurde 1908 erbaut und ist im Besitz der Stadt Lauterbach. Ich bin überzeugt davon, dass die Förderung sinnvoll genutzt wird, um das Gebäude grundlegend zu sanieren.

Junge Leute zeigen sich sehr interessiert

Zur Diskussion an der Eduard-Stieler-Schule waren Vertreter aller für den Kreistag Fulda kandidierenden Parteien eingeladen. Die Themen sollten hauptsächlich kommunalpolitischer Natur sein. Dafür muss man allerdings auch Ahnung von Kommunalpolitik haben. Die ging dem Vertreter der AfD allerdings schon ein wenig ab. Er forderte unter anderem die Abschaffung der Studiengebühren. Diese gibt es aber seit vielen Jahren gar nicht mehr. Sie wurden im Jahr 2008 in Hessen mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken abgeschafft.
Die Schülerinnen und Schüler hingegen waren sehr gut vorbereitet. Sie haben schnell gemerkt, wer kompetent ist und wer nicht. Und das war der Herr von der AfD leider nicht.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: fotolia / Kutsche
www.birgit-koempel.de